



Europa-Infos Juli 2007

Eine Zusammenstellung aus Infobriefen, Newslettern und Arbeitsprogrammen rund um die EU

1. Europa - Allgemein	2
Neue Förderperiode – neue Möglichkeiten	2
Deutsche Ratspräsidentschaft	2
Territoriale Agenda und Leipzig Charta – neue Akzente für die Regionalpolitik	3
2. Interregionale Kooperation	3
Zusammenarbeit im Nordsee- und Ostseeraum	3
METREX	4
3. Bildung und Jugend	5
Neues Programm JUGEND IN AKTION	5
Start des EU-Programms „Lebenslanges Lernen“	5
4. Umwelt	6
LIFE+ - Neuer Schwung für die EU-Naturschutzförderung	6
5. Städtepartnerschaften	6
Programm: Europa für Bürgerinnen und Bürger (2007-2013)	6
6. Gesundheit	7
Weißbuch zur gesunden Ernährung und körperlicher Bewegung	7
7. Verkehr / Energie	7
Grünbuch Städtischer Verkehr	7
Intelligente Energie – Europa	7
8. Informationsgesellschaft / Forschung	8
Mobil telefonieren im Ausland billiger - Neuer Eurotarif	8
9. Wirtschaft	8
Chemikalienverordnung	8
10. Veranstaltungen / Veröffentlichungen	8
Deutsch-Russische Städtekonferenz	8
Metropolregionen gewinnen an Bedeutung – Fachkonferenz in Hamburg	9
INTERREG IV B-Workshop in Hannover	9
Europafähigkeit der Kommunen	10
Demographischer Wandel in der Region	10
REACH Chemikalienverordnung	10
In eigener Sache	10

1. Europa - Allgemein

Neue Förderperiode – neue Möglichkeiten

Im Januar fiel der Startschuss für die neue Periode der EU-Strukturförderung 2007 bis 2013. Erstmals gehört das gesamte Land Schleswig-Holstein – also auch die Hamburger Randkreise – zur Fördergebietskulisse unter der Rubrik Ziel 2 (Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung). Mit dem Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein hat das Land einen Rahmen für die Verteilung der EU-Mittel zur Unterstützung innovativer Projekte geschaffen. Das Zukunftsprogramm gliedert sich in die Bereiche Wirtschaft, Arbeit, Ländlicher Raum und Fischerei. Es hält rund 1,4 Milliarden Euro für die Gestaltung des Landes bereit. Das größte Fördervolumen entfällt auf das Unterprogramm Wirtschaft. Eine Beschreibung der einzelnen Programmbereiche finden Sie unter www.zukunftsprogramm.schleswig-holstein.de.

Um das Zukunftsprogramm Wirtschaft umzusetzen, haben sich die Kreise Dithmarschen, Steinburg, Pinneberg und Segeberg zu einer Förderregion zusammengetan. Die Koordination der Projektanträge übernimmt eine Geschäftsstelle, die bei der neu gegründeten Projektgesellschaft Norderelbe in Itzehoe angesiedelt ist. Die Projektgesellschaft ist eine gemeinsame Einrichtung der Wirtschaftsförderungsgesellschaften der vier Kreise und unterstützt Kommunen, Verbände, Kammern und Unternehmen bei ihrer Projektgestaltung und Antragstellung. Voraussetzung ist, dass die Ideen und Vorhaben unter die im Zukunftsprogramm Wirtschaft festgelegten Themenschwerpunkte fallen. Informationen zur Projektgesellschaft finden Sie unter www.pg-norderelbe.de

Deutsche Ratspräsidentschaft

Gleichzeitig mit dem Beginn der neuen Förderperiode nahm die deutsche Bundesregierung ihre Ratspräsidentschaft auf (siehe Info-Kasten), an die hohe Erwartungen geknüpft waren – vor allem hinsichtlich des Voranbringens des Verfassungsprozesses. Dramatischer Höhepunkt der deutschen Präsidentschaft war zweifelsohne der Gipfel des Europäischen Rates am 21. und 22. Juni, der schließlich doch noch erfolgreich zu Ende gegangen ist. Bundeskanzlerin Angela Merkel ist es gelungen, einen Großteil des Verfassungsentwurfes in die neuen Vertragsgrundlagen der EU zu überführen. Dennoch – so die Einschätzung aus Brüssel – bleibt ein bitterer Beigeschmack, was die Haltung von Polen, Tschechien und Großbritannien betrifft.

Mit dem europäischen Reformvertrag, der 2009 in Kraft treten soll, ist unter anderem eine stärkere demokratische Mitbestimmung verbunden. Nationale Parlamente haben künftig das Recht, sich gegen EU-Gesetzgebungsverfahren zu wehren, wenn eigene Kompetenzen beeinträchtigt werden. Für die Unionsbürger bringt der Vertrag die Möglichkeit eines Bürgerbegehrens. Was noch alles im Vertrag steht, kann in einer Dokumentation nachgelesen werden, die von der Deutschen Vertretung der Europäischen Kommission herausgegeben wurde und unter folgendem Link zu finden ist: http://ec.europa.eu/deutschland/pdf/eu_nachrichten/eu-doku-2_07-web.pdf

EU-Ratspräsidentschaft

Der Rat der Europäischen Union setzt sich zusammen aus Vertretern der Mitgliedstaaten auf Ministerebene, die regelmäßig zusammentreten. Der Rat nimmt zusammen mit dem Europäischen Parlament Gesetzgebungsvollmachten innerhalb der EU wahr, obwohl seine Mitglieder den nationalen Regierungen angehören.

Die Ratspräsidentschaft wird jeweils von einem Mitgliedstaat der EU wahrgenommen und wechselt halbjährlich. Die drei Mitgliedstaaten, die die jeweils letzte, aktuelle und nächste Ratspräsidentschaft wahrnehmen, arbeiten als sogenannte Troika in Fragen zur Ratspräsidentschaft zusammen. Momentan wird die Troika aus Finnland, Deutschland und Portugal gebildet, wobei Portugal seit Juli 2007 die Ratspräsidentschaft von Deutschland übernommen hat.

Weiterführende Links zum Thema EU-Ratspräsidentschaft:

Beschluss des Rates zur Festlegung der Reihenfolge des Vorsitzes im Rat

http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/oj/2005/l_328/l_32820051215de00600061.pdf

Internetseite zur aktuellen portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft (Englisch)

<http://www.eu2007.pt/UE/vEN/>

Internetseite zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft

<http://www.eu2007.de/de/>

Unter deutschem Vorsitz ist es offenbar gelungen, die EU durch wichtige und zukunftsweisende Entscheidungen wieder mehr auf Kurs zu bringen. Dazu gehört insbesondere die Zustimmung zum Klimapaket der Kommission auf dem Frühjahrsgipfel des Europäischen Rates im März 2007. Erstmals in der Geschichte der EU legten sich die Mitgliedstaaten auf verbindliche Ziele zum Klimaschutz und bei der Energiepolitik fest. Die Formel lautet „20-20-20“: 20 Prozent weniger Treibhausgase als 1990, 20 Prozent weniger Energieverbrauch, Verdreifachung des Anteils erneuerbarer Energien an der gesamten Energieerzeugung auf 20 Prozent bis zum Jahr 2020.

Territoriale Agenda und Leipzig Charta – neue Akzente für die Regionalpolitik

In der Zeit der deutschen Ratspräsidentschaft fand am 24. und 25. Mai 2007 in Leipzig ein informales Treffen der Minister zum Thema Stadtentwicklung und Territorialer Zusammenhalt statt. Dort wurden zwei wichtige Dokumente für die Regionalpolitik verabschiedet: Die Leipzig Charta und die Territoriale Agenda der EU.

Die Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt ist an die Strategie von Lissabon angelehnt und formuliert wichtige Grundlagen für eine neue Stadtpolitik in Europa. Etwa 75% der Einwohner Europas leben in Städten, sie sind also Kristallisationspunkte europäischer Integration. Derzeit erfahren Europäische Städte eine Renaissance, die durch die öffentliche und private Projekte weiter unterstützt werden muss. Hierdurch bietet sich die Chance, Stadtzentren zu stärken und neue Entwicklungen zu ermöglichen. Durch den Klimawandel, das Altern der Gesellschaft und die Herausbildung sozial benachteiligter Stadtteile sieht man jedoch auch neue Herausforderungen auf die Stadtregionen Europas zukommen, die es mit Hilfe der in der Leipzig Charta verankerten Maßnahmen zu bewältigen gilt.

Die Territoriale Agenda der Europäischen Union stellt die europäische Politik der Raumentwicklung auf eine neue, mit privaten und öffentlichen Akteuren abgestimmte Grundlage. Hierdurch soll ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum mobilisiert werden, welches die Beschäftigungsmöglichkeiten in allen europäischen Regionen und Städten verbessern soll. Regionalspezifische Eigenheiten, Bedürfnisse und Herausforderungen von Städten und Regionen müssen bei der Gestaltung und Umsetzung insbesondere von europäischer Politik stärker berücksichtigt werden.

Beide Dokumente sollen dazu dienen, eine ausgewogene Raumentwicklung in der Europäischen Union zu erreichen. Die offenkundige Akzentuierung der Städtepolitik ist auch bedeutsam für die Regionalentwicklung in Schleswig-Holstein und in der Metropolregion Hamburg. Hier ist darauf zu achten, dass der suburbane Raum (also die Hamburger Umlandkreise) als Gebietskategorie in die Strategien der europäischen Raumentwicklung einbezogen wird. Eine Polarisierung von Stadt und ländlichem Raum ist dabei unbedingt zu vermeiden.

2. Interregionale Kooperation

Zusammenarbeit im Nordsee- und Ostseeraum

Im Frühjahr fanden die Auftaktveranstaltungen zur Nordsee- und Ostseekooperation (INTERREG IV) für den Zeitraum 2007 bis 2013 statt. Mit einer Genehmigung der Programme durch die EU-Kommission ist im Herbst 2007 zu rechnen, so dass eine erste Antragsrunde ab Ende 2007 oder Anfang 2008 laufen wird. Bei der Verteilung der Fördermittel wird es ein Ungleichgewicht geben: Projekte im Nordseeraum erhalten nach wie vor eine Kofinanzierung von 50 %, im Ostseeraum kann der Zuschuss bis zu 75 % betragen. Weiter Informationen zur Europa- und Ostseepolitik des Landes Schleswig-Holstein findet man auf der Internetseite des Ministeriums für Justiz, Arbeit und Europa bzw. unter www.ostseepolitik.schleswig-holstein.de

Im September ist ein weiterer Workshop zu den INTERREG-Programmen vorgesehen (siehe Veranstaltungshinweise auf Seite 9).

METREX

Kooperationen finden auch zwischen den immer mehr an Bedeutung gewinnenden europäischen Metropolregionen statt (siehe Info-Kasten). Die Lobbyarbeit für diese Gebietskategorie, die auch in der Raumordnung der Bundesrepublik eine besondere Rolle spielt, wird im Wesentlichen von zwei Netzwerken betrieben: dem „Initiativkreis Europäische Metropolregionen in Deutschland (IKM)“ und dem international ausgerichteten „Network of European Metropolitan Regions and Areas (METREX)“. Über den Beitrag der Metropolregionen zur europäischen Kohäsionspolitik wurde Mitte Juni in Hamburg auf einer großen Konferenz debattiert (siehe auch Rubrik Veranstaltungen Seite 9).

Metropolregionen

Metropolregionen sind stark verdichtete Verdichtungsräume mit herausragender nationaler und internationaler Bedeutung. Sie rücken in der raumordnungspolitischen Diskussion als „Motoren der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung“ immer mehr in den Vordergrund der Betrachtung. Seit 2005 werden Metropolregionen auf Bundesebene durch die Ministerkonferenz für Raumordnung als eigene Raumkategorie festgelegt. Metropolregionen zeichnen sich durch gute Erreichbarkeit auf europäischer und Internationaler Ebene sowie eine weite Ausstrahlung ins Umland aus. Derzeit sind in Deutschland elf Metropolregionen benannt: Hauptstadtregion Berlin/Brandenburg, Bremen-Oldenburg im Nordwesten, Frankfurt/Rhein-Main, Hamburg, Hannover-Braunschweig-Göttingen, München, Nürnberg, Rhein-Neckar, Rhein-Ruhr, Sachsendreieck und Stuttgart.

Die Leitbilder und Handlungsstrategien der Raumentwicklung in Deutschland konzentrieren sich auf drei Themen: Wachstum und Innovation, Daseinsvorsorge sichern, Ressourcen bewahren und Kulturlandschaft gestalten. Insbesondere Metropolregionen sollen durch ihre besonderen Ausstattungen zur Erreichung von Wachstum und Innovation in einer Wissensgesellschaft einen besonderen Betrag leisten.

Regionalforschung und Wirtschaftsgeographie haben mit ihren Arbeiten zu Städtesystemen wichtige Grundlagen für die analytische Fundierung des Ansatzes der Metropolregionen geleistet. Ist in diesen Analysen oft die Bevölkerungszahl ein wichtiges Kriterium zur Bewertung, so zeigte sich für die deutsche Diskussion eine Charakterisierung bezüglich ihrer drei Metropolfunktionen als sinnvoll:

- *Entscheidungs- und Kontrollfunktionen* (Zahl und Bedeutung von Entscheidungszentren der öffentlichen Hand, der Wirtschaft und der Finanzwelt)
- *Innovations- und Wettbewerbsfunktionen* (Generierung technisch-wissenschaftlicher, sozialer und kultureller Innovationen)
- *Gatewayfunktionen* (Einbindung in nationale und internationale Waren-, Personen-, und Informationsströme)

Diese Funktionen geben ein Abbild der Leistungsfähigkeit und internationalen Einbindung der Metropolregion, dienen aber auch der Schwachstellenanalyse, um Strategien für Politik und Public Private Partnerships zu entwickeln.

Links zum Thema Metropolregionen:

IKM – Initiativkreis europäische Metropolregionen in Deutschland www.deutsche-metropolregionen.org

METREX – Netzwerk der europäischen Ballung- und Großräume www.eurometrex.org/DE/

3. Bildung und Jugend

Neues Programm JUGEND IN AKTION

Im Rahmen des neuen Programms „JUGEND IN AKTION“ sollen Jugendliche dazu angeregt werden, ihre europäische Bürgerschaft aktiv wahrzunehmen und sich zu beteiligen. Unterstützt werden Projekte, die den Jugendaustausch sowie Jugendinitiativen betreffen. Außerdem werden Maßnahmen unterstützt, die die Beteiligung junger Menschen am demokratischen Leben fördern. Das Projekt gliedert sich in folgende Teilbereiche:

- Europäischer Freiwilligendienst: Projekte werden nur noch von einer Organisation beantragt. Das können entweder die Entsende- bzw. die Aufnahmeorganisation oder sogar eine dritte sein.
- Jugend für die Welt: Unterstützung von Projekten mit den Partnerländern des Programms, insbesondere der Austausch von jungen Menschen und von Fachkräften, die in der Jugendarbeit und in Jugendorganisationen arbeiten.
- Unterstützungssysteme für junge Menschen: Hier sollen das gegenseitige Verständnis und der Sinn für Solidarität und Toleranz gestärkt werden. Genauso soll die Zusammenarbeit von Jugendbereich und Zivilgesellschaft weiter entwickelt werden.
- Politische Zusammenarbeit: Ziel der Aktion ist die Förderung eines strukturierten Dialogs zwischen den Akteuren des Jugendbereichs, insbesondere zwischen den jungen Menschen selbst, den Fachkräften und den politisch Verantwortlichen.

Fristen:

01.09.2007, 01.11.2007, 01.02.2008 und 01.04.2008
für Projekte, die jeweils 3 – 8 Monate später beginnen!

Weitere Informationen unter der altbewährten Adresse www.jugendfuereuropa.de
Antragsformblätter sind zu finden unter: www.jugendfuereuropa.de/service/downloads/

Start des EU-Programms „Lebenslanges Lernen“

Am 6. und 7. Mai 2007 fand in Berlin die europäische Auftaktveranstaltung zum Programm für Lebenslanges Lernen statt. Dieses neue europäische Bildungsprogramm wird von 2007 bis 2013 mit einem Budget von fast 7 Milliarden Euro den europäischen Austausch von Lehrenden und Lernenden aller Altersstufen sowie die Zusammenarbeit von Bildungseinrichtungen fördern.

Das Programm für Lebenslanges Lernen führt u. a. die bisherigen Programme SOKRATES und LEONARDO DA VINCI unter einem gemeinsamen Dach zusammen und richtet sie auf neue Herausforderungen aus.

Weitere Informationen zum Programm

http://ec.europa.eu/education/programmes/newprog/index_en.html

4. Umwelt

LIFE+ - Neuer Schwung für die EU-Naturschutzförderung

In diesem Sommer tritt das neue Umweltförderprogramm der EU „LIFE+“ in Kraft. Das Budget von 1,9 Mrd. € dient ausschließlich der Förderung von gemeinschaftlichen Natur- und Umweltschutzziele. 78% des Budgets stehen für die Kofinanzierung von Projekten in den EU-Mitgliedstaaten zur Verfügung, aus den verbleibenden 22% finanziert die EU Querschnittsmaßnahmen im Umweltbereich (z.B. Folgeabschätzungen oder Studien).

LIFE+ ist auf drei Programmbereiche aufgeteilt: „Natur und biologische Vielfalt“, „Umweltpolitik und Verwaltungspraxis“ sowie „Information und Kommunikation“. Besonderes Augenmerk sollte auf die Fördermöglichkeiten im Naturschutzbereich gelegt werden; so wird LIFE+ für die FFH und Vogelschutzrichtlinie eine zentrale Rolle spielen.

Durch die deutsche EU-Ratspräsidentschaft kam es zu einem schnellen Abschluss der Verhandlungen, so dass es möglicherweise noch im Dezember 2007 erste Aufrufe für Projektanträge geben wird. Eine Veröffentlichung der Antragsformulare und –leitfäden zum Thema LIFE+ ist für den 1. Oktober 2007 vorgesehen. Um auf relative kurze Ausschreibungsfrist reagieren zu können, sollten Antragsteller ihre Anträge schon im Vorfeld vorbereiten.

Weitere Informationen zu LIFE+:

<http://ec.europa.eu/environment/life/index.htm>

5. Städtepartnerschaften

Programm: Europa für Bürgerinnen und Bürger (2007-2013)

Das neue EU Programm Europa für Bürgerinnen und Bürgern (ehemals Städtepartnerschaften) möchte eine aktive europäische Bürgerschaft fördern. Die Bürger sollen stärker in die Einigung Europas eingebunden werden. In diesem Sinne werden die Bürger und ihre Interessenvertretungen in den einzelnen Ländern zur Zusammenarbeit aufgerufen: Sie sollen sich treffen, gemeinsam handeln und ihre eigenen Ideen in einem Europa entwickeln, das über nationale Konzepte hinausgeht und die bestehende Vielfalt respektiert. Durch interkulturellen Austausch soll mehr über die anderen europäischen Völker und ihre Kultur und Geschichte vermittelt werden. Hierfür kommen durchaus kulturelle Veranstaltungen und künstlerische Initiativen in Betracht. Gegenseitiges Verstehen, Solidarität und ein Zugehörigkeitsgefühl zu Europa sind die Grundvoraussetzung für die Einbeziehung der Bürger und spiegeln sich in den vier Aktionen des Programms wider:

- Aktion 1 „Aktive Bürger für Europa“: Hierbei sollen Bürgerinnen und Bürger Städtepartnerschaften oder durch andere Bürgerprojekte direkt einbezogen werden.
- Aktion 2 „Aktive Zivilgesellschaft in Europa“ richtet sich an zivilgesellschaftliche Organisationen auf europäischer Ebene, die Strukturfördermittel auf Grundlage ihres Arbeitsprogramms oder Finanzhilfen für länderübergreifende Projekte erhalten.
- Aktion 3 „Gemeinsam für Europa“ fördert Veranstaltungen mit großer Öffentlichkeitswirkung sowie Studien und Informationsinstrumente, um über Grenzen hinweg ein möglichst breites Publikum zu erreichen und Europa für seine Bürger greifbarer zu machen.
- Aktion 4 „Aktive europäische Erinnerung“ Hiermit sollen die wichtigsten mit Massendeportationen in Verbindung stehenden Stätten und Archive erhalten und Maßnahmen zum Gedenken an die Opfer von Nationalsozialismus und Stalinismus unterstützt werden.

Frist 01.09.2007

Projektbeginn: 01.01-31.03.2008

Weitere Informationen zum Programm Europa für Bürgerinnen und Bürger unter:

http://ec.europa.eu/citizenship/index_de.html

<http://ccp-deutschland.de>

6. Gesundheit

Weißbuch zur gesunden Ernährung und körperlicher Bewegung

Am 30. Mai 2007 wurde das Weißbuch zur gesunden Ernährung und körperlicher Bewegung verabschiedet. Hierbei handelt es sich um einen Konkretisierungsschritt in Folge des gleichnamigen Grünbuches aus dem Jahr 2005. Es bleibt abzuwarten, welche weiteren Schritte die Kommission in Erwägung zieht, um den auf zunehmende Fehlernährung zurückzuführenden Krankheiten (wie z.B. Diabetes oder Herz-Kreislauf-Krankheiten) entgegen zu wirken.

Link zum Weißbuch: www.umwelt-online.de/PDFBR/2007/0412_2D07.pdf

7. Verkehr / Energie

Grünbuch Städtischer Verkehr

Bis Ende April 2007 konnten sich Europas Bürger an der im Internet abrufbaren Konsultation zum Grünbuch Städtischer Verkehr beteiligen. Anschließend fand hierzu im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im Juni die Abschlusskonferenz statt. Das Grünbuch zum städtischen Verkehr soll im 2. Halbjahr 2007 veröffentlicht werden und die Probleme, die es bei der Umsetzung der Städtischen Verkehrspolitik in der EU gibt, darstellen.

Informationen zum Grünbuch Städtischer Verkehr:

http://ec.europa.eu/transport/clean/green_paper_urban_transport/index_en.htm

Intelligente Energie – Europa

Das neue EU-Programm [Intelligente Energie](#) baut auf den Erfahrungen des Vorläufers (2003-2006) auf. Die nachhaltige Entwicklung im Energiebereich und Förderung der Verwirklichung der allgemeinen Ziele des Umweltschutzes, der Versorgungssicherheit und der Wettbewerbsfähigkeit sollen unterstützt werden. In folgenden Bereichen werden Maßnahmen gefördert:

- Verbesserung der Energieeffizienz und rationelle Nutzung der Energiequellen;
- Förderung neuer und erneuerbarer Energiequellen und Diversifizierung der Energieversorgung;
- Verbesserung der Energieeffizienz und Förderung der Nutzung neuer und erneuerbarer Energiequellen im Verkehrswesen
- Projekte zu Intelligenter Energie in Entwicklungsländern

Kontakt:

Herr [Bernd Reinhard](#)

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Telefon: 030-18-615-6282

Herr [Dr. Helmut Pfrüner](#)

Forschungszentrum Jülich GmbH

Telefon: 02461-61-1485

Weitere Informationen zum Programm:

http://ec.europa.eu/energy/intelligent/call_for_proposals/doc/call_2007_de.pdf

Antragsdokumente sind im Internet unter dem Link

http://ec.europa.eu/energy/intelligent/call_for_proposals/call_library_en.htm zu finden.

Abgabefrist ist der 28.09.2008

8. Informationsgesellschaft / Forschung

Mobil telefonieren im Ausland billiger - Neuer Eurotarif

Gute Nachricht für Reisende ins europäische Ausland: Das Europäische Parlament hat im Mai der Senkung der Gebühren-Verordnung und somit dem neuen Eurotarif zugestimmt. Voraussichtlich tritt die Verordnung am 29. Juni 2007 mit Veröffentlichung im EU-Amtsblatt in Kraft. Die Umsetzungsfrist, in der die Mobilfunkanbieter ihre Preise im Ausland senken müssen, beträgt höchstens drei Monate. Die Laufzeit der EU-Regelung ist zunächst auf drei Jahre begrenzt. In diesem Zeitraum wird von der EU-Kommission geprüft, ob die Notwendigkeit besteht, die Geltungsdauer der Verordnung zu verlängern.

9. Wirtschaft

Chemikalienverordnung

Seit dem 1. Juni 2007 gilt die unter dem Kürzel REACH bekannte europäische Verordnung zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe. Sie verpflichtet Unternehmen, chemische Stoffe in einem Zeitraum von elf Jahren in einer zentralen Datenbank registrieren zu lassen. Das Europäische Beratungszentrum der Deutschen Wirtschaft hat hierzu einen Ratgeber für Unternehmen herausgegeben (siehe Veröffentlichungen Seite 10).

Weitere Informationen: <http://reach.bdi.info/index.htm>

10. Veranstaltungen / Veröffentlichungen

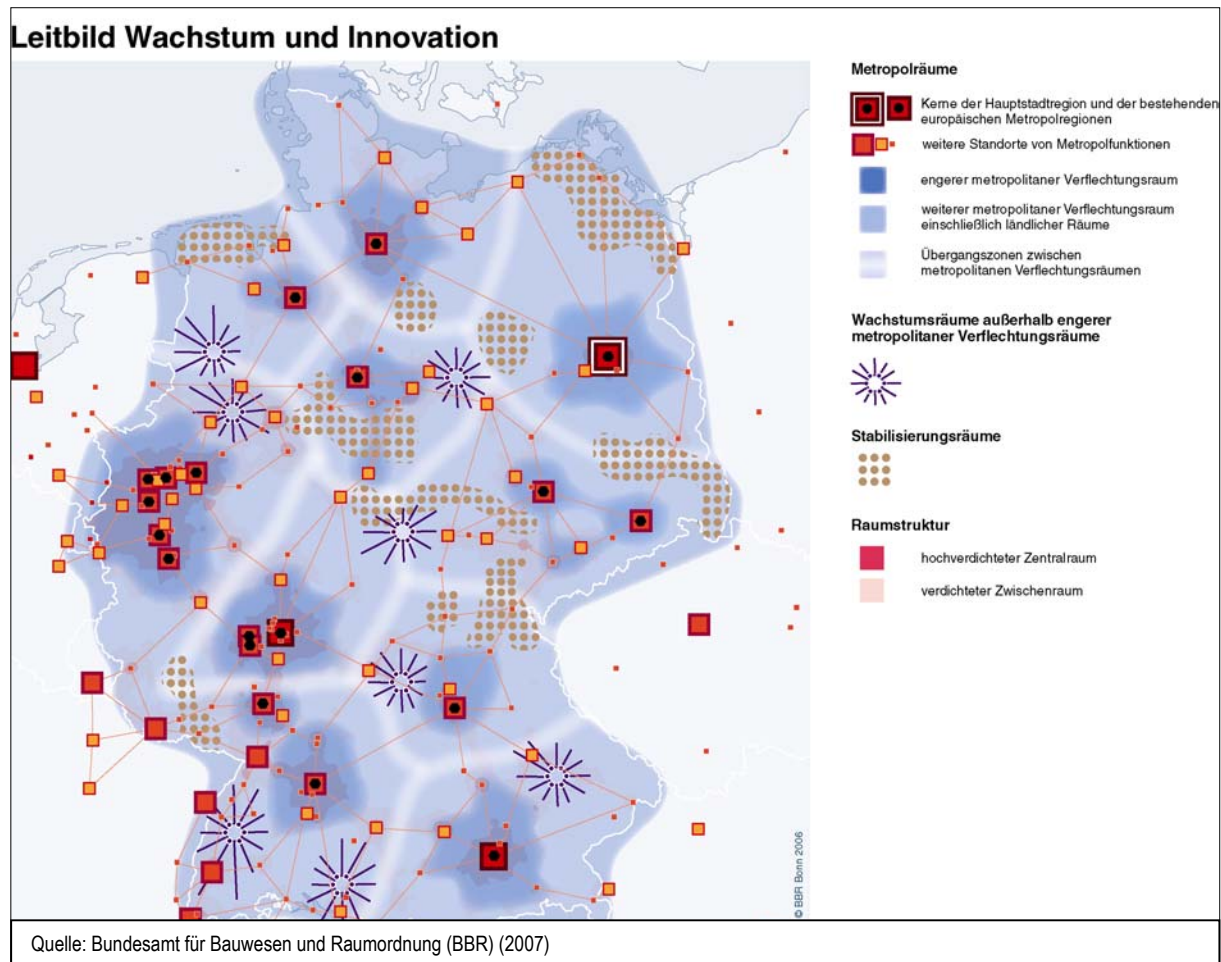
Deutsch-Russische Städtekonferenz

In der Zeit vom 15. bis 17. Juni 2007 fand in Hamburg anlässlich des 50. Jahrestages der Städtepartnerschaft zwischen St. Petersburg und der Stadt Hamburg die IX. Deutsch-Russische Städtekonferenz statt. Im Rahmen dieser Veranstaltung wurde von der Firma Thales das Kooperationsprojekt des Rayons Selenogradsk und des Kreises Pinneberg im Bereich Abfall vorgestellt. Der Kreis hat seine Erfahrungen bei der Prüfung und Bewertung des Deponievorschlages im Rayon sowie bei der Strukturierung und Ausarbeitung eines Abfallwirtschaftskonzeptes miteingebracht. Dieses Pilot-Projekt hat Vorzeige-Charakter und wird vom Bund finanziell gefördert.

Metropolregionen gewinnen an Bedeutung – Fachkonferenz in Hamburg

Das klare Bekenntnis der Europäischen Union zur Förderung von Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung hat eine verstärkte Diskussion über die Bedeutung von Metropolregionen als Motoren der wirtschaftlichen Entwicklung entfacht. Am 14. und 15. Juni fand in Hamburg eine große Konferenz der Akademie für Raumforschung und Landesplanung statt, etwa 250 Teilnehmer konnten sich darüber informieren, welche Rolle die deutschen Großstädte und ihre Einzugsbereiche im Rahmen der Bundes- und Europapolitik künftig spielen werden. Viel diskutiertes Thema der Plenarsitzung waren Verantwortungsgemeinschaften, also der planerische Einbezug des weiteren Umlandes um die Kernstadt bzw. die Metropole.

Die Konferenz machte deutlich, dass erheblicher Klärungsbedarf zu einigen Fachbegriffen besteht und dass das Engagement der deutschen Metropolregionen unterschiedlich stark ausgeprägt ist. Um die Europäische Kommission von der Bedeutung der Metropolregionen für die territoriale Kohäsion zu überzeugen, dürfte noch einiges an Arbeit zu leisten sein.



INTERREG IV B-Workshop in Hannover

Zum 6. Mal veranstalten die Bundesländer Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein am 5. September 2007 in Hannover einen gemeinsamen Workshop zum Thema INTERREG B im Nordseeraum. Der Workshop wird die Möglichkeit bieten, sich direkt bei Vertretern des INTERREG - Nordsee - Sekretariats über die Möglichkeiten des neuen Programms zu informieren. Außerdem werden die Perspektiven des Programms für neue Akteure aus der Wirtschaft diskutiert. Die Veranstaltung wird abgerundet durch eine INTERREG-Projektausstellung.

Informationen zur Anmeldung und Programm unter: vivika.lemke@jumi.landsh.de

Europafähigkeit der Kommunen

Prof. Dr. Ulrich von Alemann und Dr. Claudia Münch haben unter diesem Titel ein Handbuch veröffentlicht, in dem die Auswirkungen des europäischen Einigungsprozesses auf die Regionen und Kommunen behandelt werden. Das Buch gibt einen umfassenden Einblick in die vielschichtigen Vernetzungen zwischen kommunaler und europäischer Ebene. Zudem finden Kommunen und Kreise, die Europaaktivitäten entwickeln oder ausbauen möchten, ausführliche Informationen zu diesem Themenkomplex.

Nähere Informationen zur Veröffentlichung unter: <http://www.vs-verlag.de>

Demographischer Wandel in der Region

Das neue Heft „LEADER forum“ ist zum Thema „Demographischer Wandel- was weniger mehr machen“ erschienen. Den Wandel in der Bevölkerungsstruktur aufzufangen, ist eine Herausforderung für die Kommunen. Weitere Themen sind: Junge Menschen für die Regionalentwicklung begeistern und Leitfäden „Landschaft vermarkten“.

Das Heft kann entweder als Printversion bestellt oder als PDF Dokument abgerufen werden.
<http://www.leaderplus.de/index.cfm/uuid/0007F2194CB7161EBB5E6521C0A8D816/ausgabe/1>

REACH Chemikalienverordnung

Zur der am 1. Juni in Kraft getretenen EU-Chemikalienverordnung hat das Europäische Beratungszentrum der Deutschen Wirtschaft (EBZ) jetzt für Unternehmen einen Ratgeber mit dem Titel „REACH verstehen. Eine praktische Hilfestellung für Unternehmen“ herausgegeben. Darin werden Herstellern, Importeuren und Verwendern von chemischen Stoffen Hinweise für die Erfüllung ihrer Pflichten unter REACH geben.

Die Printversion der Broschüre kostet 25 Euro und ist per E-Mail bestellbar unter ebz@bdi.eu

Weitere Informationen in diesem Newsletter im Bereich Wirtschaft auf Seite 8

In eigener Sache

Diese Ausgabe der Europa-Infos wurde mit intensiver Unterstützung durch Herrn Hanno Wiesmann erstellt, der im Referat Regionalmanagement und Europa ein Berufspraktikum im Rahmen seines Studiums absolviert und derzeit in die Europa-Arbeit des Kreises Pinneberg eingebunden ist.

Für Meinungen, Hinweise und zusätzliche Informationswünsche stehen Ihnen weiterhin die bekannten Ansprechpartner zur Verfügung:

Andreas Thaler
Nadine Heise

Tel.: 04101/212 327
Tel.: 04541/ 888-433

Mail: a.thaler@kreis-pinneberg.de
Mail: heise@kreis-rz.de